



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

79 (17.2.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-140198](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-140198)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Eringelohn 20 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag W. 2.48 pro Quartal.
Einzelnummer 8 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Geflesenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Inserate:

Die Colonel-Zeile . . . 25 Pfg.
Kurzfristige Inserate . . . 80
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 341
Redaktion . . . 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung . . . 318

Nr. 79.

Donnerstag, 17. Februar 1910.

(Abendblatt.)

Gerr v. Bethmann-Hollweg und die „Höchstgebildeten“.

Berlin, 16. Febr.

In einem Leipziger Blatt — die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat dem Artikel eilends ihr offizielles Visum erteilt — hat dieser Tage ein „nambatter Historiker und Universitäts-Professor“ Herrn von Bethmann-Hollweg als den providentiellen Mann gefeiert, der klug und fein am letzten Donnerstag dem Tuschdruck gegeben habe, was die Höchstgebildeten der Nation bei seinem Anblick empfänden. Die Melodie ist nicht ganz neu. Ungefähr ebenso hatte vor kurzem ein anderer nambatter Historiker — Karl Lamprecht — das Lob des Kanzlers geungen und in liebenswürdiger Mittelsamkeit sein Preislied verschiedenen Redaktionen mit dem Bemerkung zugestellt: wenn sie's zum Abdruck brächten, kämen sie einem allerhöchsten Wunsch entgegen. Und wirklich, hier und da konnte man im Gespräch mit unpolitischen Leuten, mit Wissenschaftlern und Männern von vorwiegend liberaler Lebensauffassung in diesen Tagen auf die Meinung stoßen: im Grunde hätte Herr von Bethmann-Hollweg doch ganz Recht gehabt; tant de bruit pour une omelette! Mit der Politik stehe es wie mit der technischen Kultur unserer Zeit: am letzten Ende brächten beide uns nicht weiter. Es wird demnach zugesehen sein, daß der Herr Reichskanzler mit seiner Donnerstagsrede zum Teil Stimmungen getroffen hat, die in vielen, die nicht die schlechtesten unter uns sind, schwingen. Schließlich hatte er ja in manchem auch nicht Unrecht. Die Parlamentarier sind in der Tat nicht mehr die Zentren unserer politischen Kultur. Ein Reichstag, in dem ein vielgeschwätziger Schwärmer wie Herr Ersberger Malador sein kann, in dem Herr Bruhn noch immer nicht von der Klotzta gehöhnt wird, wenn er zu reden beginnt, wo bei den Leuten von Geschmack und tiefer Bildung je länger, je mehr Unbehagen. Und dieses Unbehagen wird dadurch noch nicht gemindert, daß man sieht, wie emsig bei jeder Reichswahl darauf geachtet wird, daß man als Kandidaten nur ja irgend einen Kleinen erwische: einen Bruder, Bauer oder Arbeitersekretär oder sonst jemand, der in des Wortes buchstäblichster und zugleich vertieftester Bedeutung nicht weit her ist. In diese Stimmung, zu der sich vor ein paar Jahren doch selbst ein Mann wie Werner Sombart bekannt hat, hat Herr von Bethmann-Hollweg appelliert und damit Widerhall gefunden. Nicht weil (bleiben wir immerhin bei dem nicht gerade schönen Wort) diese Höchstgebildeten nun Alles und Jedes unterschreiben, was der Herr Reichskanzler am Donnerstag gesagt hat. Vielmehr weil sie — ähnliche psychische Vorgänge könnten wir alle Tage beobachten — über das andere hinwegsehen, nachdem er in einem Stück ihnen das Wort von den Rippen genommen hat. So wirkt ein im Wesentlichen unpolitischer auf andere unpolitische Leute. Woju sich noch viel aufstrengen? Nje stoit; es lohnt sich nicht! Viel werden wir mit allem Zagen und Hasen ja doch nicht ändern. Immer wird dieses Kammerial eine Tränemwelt bleiben. Auch das gleiche, geheime und allgemeine Wahlrecht bringt nicht die Weisheit in den Rat der Nation. Und philosophieren kann man auch, unter dem Dreiklassenwahlrecht. Die sich von solchen Stimmungen einfangen lassen, verpassen dabei nur, daß sie mit

ihren Quietismus vollends zu Gunsten der konservativ-agrarischen Herrenschicht abhandeln, die bei allen ihren Tüchtigkeiten doch kaum auf den Rang von Philosophen Anspruch erheben darf. Uebersehen auch die Trugschlüsse des Herrn Reichskanzlers und überhören ganz und gar den höflich abweisenden Unterton, der zumal aus seiner kurzen Erklärung vom Samstag herausschlug: So stellen sich ihm, Theobald von Bethmann-Hollweg die Dinge dar und damit Punktum. Einmal hat er gesagt und nun nicht wieder. Auf Diskussionen läßt er sich nicht ein; die lehnt er, selbst wenn die Gegenargumente von einem so gemäßigten Mann wie dem Dr. Badnide vorgebracht werden, einfach ab.

Das ist, scheint uns, der Punkt, da auch die Höchstgebildeten zu revoltieren anfangen sollten. Es ist ja nicht so, wie der Herr Reichskanzler uns weismachen bemüht war, daß uns die Krisis regieren. Alle diese Landräte, Regierungs- und Oberpräsidenten, deren über jedes Lob erhabene Unparteilichkeit Herr von Bethmann-Hollweg uns lang, respektieren in Wahrheit vor der konservativen Partei; wären in den dreimal geheiligten Kreis der sog. preussischen Regierungsoffiziere nie aufgenommen worden, wenn sie, was ihre Parteilichkeit angeht, nicht als „stübenrein“ befunden wären. Und wenn, was vielleicht zuzugeden ist, der Parlamentarismus in diesen epigonischen Zeitläuften nicht gerade die Höhe möglicher Entwicklung bedeutet — steht es mit den Regierenden am Ende nicht auch so? Würden die Säkularmenschen, ja selbst der ehrliche Durchschnitt, nicht auch bei ihnen seiten? Und ist über die parlamentarischen Institutionen als solche schon das Urteil gesprochen, weil er sich zeitweilig nicht gerade in glänzender Verfassung präsentiert? Uns will bedünken: das alles sind Fragen, die just die Höchstgebildeten in allem Ernst überdenken sollten. Auch um ihre eigenen Interessen geht der Kampf. Der Weg, den Herr von Bethmann-Hollweg uns zu führen trachtet, mündet beim aufgeklärten Absolutismus aus. Von dem aber sollten sie nachgerade wissen, daß er auf die Dauer niemals aufgeklärt blieb. Wenn sie philosophieren, indes die Konservativen ganz realistisch nach wie vor Krieg führen und nach Ausbreitung streben, werden zuguterletzt schwerlich sie sein, die die Peute heimwärts tragen . . .

Politische Uebersicht.

Mannheim, 17. Februar 1910.

Die Wahl in Mülheim

haben wir im Mittagsblatt nach der Seite der Stichwahl untersucht. Auch die Hauptwahl selbst verdient noch einige Bemerkungen.

Das Zentrum hat bekanntlich bei der Wahl nicht nur keine Stimmen eingekauft, sondern sogar noch mehrere Hundert gewonnen. Es scheint darnach, daß die Wählerschaft sich mit der Haltung der Partei in der Frage der Reichsfinanzreform bereits wieder ausgesöhnt hat. Das ist ja nicht weiter verwunderlich. Das Zentrum kam eben machen, was es will, es hat dank der energischen Wahlhilfe der Geistlichkeit keine Rammlein fest in der Hand. Bei den nächsten Wahlen wird nicht das Zentrum, sondern sein Bundesgenosse von der Finanzreform, die Konservativen, die Sache zu zahlen haben.

Das dies der Fall sein dürfte, geht auch aus der Mülheimer Wahl hervor. Die Konservativen in Verbindung mit den Christlich-Sozialen und dem Bunde der Landwirte haben es glücklich auf wenig über tausend Stimmen gebracht, in einem Wahlkreise, der mehr als 40 000 Wahlberechtigte zählt. Obwohl in diesem Kreise die Zahl der ländlichen Gemeinden groß ist, so hat der Bund der Landwirte mit seiner eifrigen Unterstützung des Christlich-Sozialen nichts auszurichten vermocht. Es ging ihm damit ebenso wie vor einigen Wochen bei der Erjagwahl in Eichenach und wie bei der im Spätherbst stattgehabten Erjagwahl in Landsberg-Soldin, wo der konservative ebenfalls vom Bunde nachdrücklich unterstützte Kandidat Laufende von Stimmen eingekauft hatte.

Diese Tatsache sollte die Konservativen doch nachdenklicher stimmen und ihre Freude, daß ihre Bundesgenossen vom Zentrum einen großen Erfolg davon getragen haben und daß die Liberalen einen Misserfolg hatten, einigermaßen dämpfen. Der Stimmenrückgang des liberalen Bewerbers ist an sich, wenn man näher zusieht, nichts Verwunderliches. Erstens haben ihm die Christlich-Sozialen über tausend Stimmen entzogen und zweitens haben die Liberalen die hohe Stimmenzahl von mehr als 11 000 bei den letzten allgemeinen Wahlen nur der damaligen Modestimmungen zu verdanken gehabt. Bei den Wahlen von 1903 wurden in diesem Wahlkreise 7585 liberale Stimmen abgegeben, bei den Wahlen von 1898 4500 nationalliberale und 500 freisinnige Stimmen, insgesamt also 5000 liberale Stimmen. Trotz der Christlich-Sozialen-Kandidatur haben also die Nationalliberalen immer noch wesentlich mehr Stimmen erhalten als 1903 und 1898. Man kann also von einem Rückgang des Liberalismus in diesem Wahlkreise sicherlich nicht sprechen.

Wenn nun auch von einem liberalen Rückgang nicht die Rede sein kann, so ist es an sich vom Standpunkte des Liberalismus aus bedauerlich genug, daß ein Fortschritt nicht erzielt worden ist. Man kann sich der Tatsache nicht entziehen, daß bisher lediglich die Sozialdemokratie aus der Bestimmung über die unglückliche Reichsfinanzreform Vorteile gezogen hat. Auch im Wahlkreise Mülheim-Wipperfürth, wo die Sozialdemokraten mehr als 2000 Stimmen gewonnen haben, wollen die liberalen Parteien bei den nächsten allgemeinen Wahlen Mandate gewinnen, so werden sie sich bis dahin ordentlich rühren und möglichst viel positive und gemeinsame Arbeit zu leisten haben. Gelegenheit dazu gibt ihnen schon die preussische Wahlreform. Da, wie Mülheim-Wipperfürth aufs neue gezeigt hat, die Zentrumskandidaten kaum zu erstürmen sind, so wird sich der Entscheidungskampf bei den nächsten Reichstagswahlen nicht sowohl im Westen und Süden des Reiches wie im Osten, im Norden und in Mittel-Deutschland abspielen, wo Konservativen, Liberale und Sozialdemokraten ihre Kräfte miteinander zu messen haben werden.

Der Ertrag der nationalliberalen Interpellation.

(n.l.c.) Hier und da begegnen wir in den Blättern der Auffassung: die nationalliberale Interpellation über die Wählerregelungen ostmärkischer Beamten sei im Grunde ohne nach-

und Dornbach. Zum Teil waren es Weinschinker, die den „Deutschen“, viertelstündlich ausklingten und dazu ein wenig wienerische Musik machten. Bis einer von ihnen auf die Idee kam, daß man die Soche auch drinnen, in der inneren Stadt, probieren könne. Ein Kellerlokal war bald gefunden, die Naturfänger zogen den Smoking an, der Wein wurde in elegant gefüllte Bouteillen getan, noch einige lustige Jutaten — und das moderne Nachtlokal war fertig.

Also, in welches soll man zuerst gehen? Es ist überall dieselbe Geschichte: dieselben Sänger und Melodien, dasselbe Publikum, dieselbe Lustigkeit und Tollheit. Ein mäßig großer freisunder Mann, dicht mit winzigen Tischchen besetzt, für Musik sorgen vier Sänger, ein sogenanntes Schrammelquartett (Geige, Viola, Gitarre, Ziehharmonika), und eine Salonkapelle. Von zwölf Uhr an kommt das Publikum aus den Theatern, Restaurants und von den Hallen herbei. Eine sonderbar gemischte Gesellschaft von Aristokraten, Offizieren, Spielern, Fremden, Provinzialen, berufs- und gewohnheitsmäßigen Bebeuten. Bald sind die Grenzlinien verwischt, die Nachtlokalstimmung baldet keine Ständesunterschiede. Stimmung ist alles. Die Musik schweigt keinen Moment; wenn die Sänger mit ihrem sentimentalen Wienerum fertig sind, beginnt die Kapelle sofort mit französischer Sinnlichkeit. Und die Kellerer füllen unaufhörlich die Gläser nach. Andere Kneipen beginnen plötzlich in die Hände zu klatschen, mitzufingen, zu juchzen — oder vielleicht sind es die Unternehmer selbst. Die Gläser werden ungenierter und beginnen mitzufassen und mitzufingen. Am richtigen Moment erscheint ein Blumenmädchen und alles laßt plötzlich Reizen. Man konversiert durch Vrede und Rollen, die Geiger spielen einen schwächenden Walzer und die Kellerer füllen die Gläser nach. Plötzlich ein Schrei, ein Klirren, ein großes Geschrei: einer von den Aristokraten hat sein Glas auf den Boden geschleudert. Ohne allen Grund, bloß weil es bald drei Uhr nachts ist.

Um drei Uhr nachts hören nämlich alle Unterschiede und Nuancen auf. Um dieselbe Stunde und an demselben Orte beginnt man sich wahrscheinlich in Paris und Berlin und München genau so. Nur daß man andernorts vielleicht diese nächtliche Beschäftigung den mäßigen Fremden und den sogenannten Lebemännern überläßt, während hier Damen der Gesellschaft mitwirken und harmlose Spielbürger, ohne zu wissen warum, Nicht wahr, hier acht es ein bisschen arg zu? Aber so leben wir nicht alle Tage — Gott bewahre! Für gewöhnlich sind wir ganz nüchtern und nette Leute, die ein solches Leben keine zwei Tage hintereinander ausstehen.

Buntes Feuilleton.

— Die verspätete Ehecheidung. Man schreibt aus London: Ein Ehecheidungsprozess, wie er wahrlich nicht zu den alltäglichen Erscheinungen gehört, fand hier kürzlich einen Abchluss, der das Ehe drama zum Satyrspiel wandelte. Frau Margaret Shaw forderte als Klägerin die Scheidung von ihrem Gatten wegen schwerer Mißhandlung, die sie von dem brutalen Gemahl ohne jeden Grund alltäglich zu erdulden hatte. Das Kuriose des Falles bedingt die Tatsache, daß die Scheidungsbedürftige Klägerin ein verzunseltes Mütterchen nahe an die Achtzig und ihr prägelwärtiger Gemahl Georges Shaw ein 75jähriger Greis ist, der als verabschiedeter Schiffskapitän keine wohlverdiente Pension dergestalt und hundert und sich schwer auf seinen Stuhl stützend in den Gerichtssaal humpelte. Seit Jahr und Tag ist vor dem Gerichtshof für Ehecheidungen kein so seltsames Paar erschienen, und es begreift sich, daß es dem Vorstehenden angefallen der fomiischen Situation, nicht leicht wurde, den gehörigen Ernst zu wahren. Seine freundliche, an das Greisenpaar gerichtete Mahnung, sich die paar Jahre, die ihm noch blieben, in Gebuld zu fassen und

Genilleton.

Wiener Nachtleben.

„Was fängt man mit dem angebrochenen Abend an?“ — so fragen sich des Nachts um 1 Uhr die modernen Wiener, die sich einen lustigen Tag gemacht haben, denn sie wollen sich nicht als Krähwinkler scheitern lassen, in deren „Nacht“ man nach Mitternacht weder eine Krabatte noch eine Schnurrbartbinde noch ein Butterbrot zu kaufen kriegt. Freilich hat die „Umbooperiode“, in der sich die Wiener Gesellschaft augenblicklich befindet, noch nicht alle almdärische Behaglichkeit, Harmlosigkeit und Solidität verdrängen können, und so beschränkt sich das Nachtleben hauptsächlich darauf, daß jezt in jeder zweiten Gasse der inneren Stadt ein unterirdisches Nachtlokal etabliert ist. Wie es da angeht, darüber plaudert Ludwig Dirichfeld im Anschluß an andre Vergnügungen der Wiener Gesellschaft im Märzheft von „Westermanns Monatsheften“. Man beachtet nicht eins, sondern drei bis vier dieser Lokale im Laufe einer Nacht. Ueberall hört man ein Lieb an, trinkt eine Flasche Champagner und streut Trinkgelder nach allen Seiten aus. Auf diese Art feiert man Avancements, Namenstage, Fremdenbesuche — das gilt nämlich jezt als „jezt“.

Auch da gibt's wieder zwei Systeme: das Kabarett und das Weinlokal. Das Kabarett ist nichts Wienerisches; es ist ein Vorstab des Ueberdretts, ein rein geschäftliches Unternehmern. Das Weinlokal ist eigene Wiener Erfindung. Die Namen Trocadero, Maxim klingen zwar pariserisch, aber die Saale selbst und ihre Herkunft ist wienerisch. Alle diese Naturfänger und Musikanten sind einmal drougen anständig gewesen, an der Peripherie der großen Stadt, in Gringiz und Siewring

tes Ergebnis ausgegangen. Uns möchte scheinen: das ist eine Verkennung des Ganges der Debatte; eine Verkennung auch der Absichten der Ausführenden. Wir haben hier neulich schon festgestellt, daß es den Nationalliberalen nicht um Aufbaubarkeit und Sensation ging; daß sie lediglich konstatiert zu sehen wünschten, warum nach allen ihren Verdiensten an der Ostmarkenjagd sie plötzlich als eine Partei minderen Ranges, als sozusagen in nationalen Fragen minder zuverlässig behandelt werden sollten. In diesen Ständen ist ihnen volle Genugtuung widerfahren. Der Herr Minister hat sich ja zwar insofern geirrt, als er die Amtsbezeichnung „Gymnasialdirektor“ oder „Postdirektor“ unter Wahlaustrufen als unzulässig bezeichnete — das gilt nur von Ministern, die Vollgewalt ausüben haben — aber er hat doch ausdrücklich anerkannt, daß Staatsbeamte sich an dem Ausbau der nationalliberalen Organisation beteiligen dürfen; daß die nationalliberale Partei jederzeit die Ostmarkenpolitik der Regierung ihren unterstützt habe und man ihr nicht verdenken könne, wenn sie nach Mann für ihre weitere Entwicklung sucht. Das war eine dringende Bemahnung an die überausigen Postener Regierungsbeamten und mochte als solche vorläufig genügen: mehr war im Augenblick nicht wohl zu verlangen.

Der rollenwidrige Seiten sprung, den dann hinterher Herr Kronsohn vollführte, hat der Interpellation und der Aussprache über sie nichts an ihrem Ernst geraubt. Auch wenn man nicht die persönlichen Motive kennt, die menschliche, aber immerhin nicht gerade erhebende gesellschaftliche Eitelkeit, hätte man das Auftreten dieses seltsamen Freimännermannes nur als heitere Episode würdigen können. Herr Kronsohn ist dann ja auch von seiner Fraktion vollkommen im Stich gelassen worden: als er endete, verbarste die gesamte engere Kollegenschaft in demonstrativem Schweigen. Dabei um des lieben Friedens willen ununtersucht bleiben soll, wie viel zu solcher Haltung die Erzeugung beitrug; der Freimann könnte aus Rücksicht auf den eigenen Mandatsbesitz sich in dieser gesamtliberalen Sache von den Nationalliberalen getrennt haben.

Nun: wir können vorläufig zufrieden sein. Wofür nämlich — der Abg. Dr. Friedberg hat bereits mit allem Nachdruck darauf verwiesen — den Worten des Ministers auch die entsprechenden Taten folgen. Das bleibt einstweilen der dringende Punkt.

Die Ausschließung aus der sozialdemokratischen Partei

Stellt die „Leipz. Volksztg.“ dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heine wegen seiner Warnung vor Straßendemonstrationen in Aussicht. Im Anschluß an die Beobachtung des „Vorwärts“, daß Abg. Heine jede Beteiligung an der Straßendemonstration abgelehnt habe, schreibt das sozialdemokratische Organ in Leipzig spöttisch über das „Staatsmännchen“ Heine:

Im Interesse der politischen Ehrlichkeit begreifen wir diesen Schritt des trefflichen Abgeordneten, der übrigens am nächsten Sonntag in der bürgerlichen Protestversammlung im Fiskus Saalmann zusammen mit seinen nicht weniger trefflichen Reichstagskollegen Baumann und Wiener das Referat übernommen hat. Heint der Abg. Heine doch dadurch, wie locker das Band ist, das ihn mit der Partei noch verbindet, und in doch dieses Boregen überaus gerings, ihn jedes Einflusses zu berauben, den er vielleicht hier und da in der Partei noch hat. Wir bedauern nur, daß Heine nicht auch den Rest der Konsequenz beiseite und das Referat für die Parteiverammlung abgelehnt hat, die doch nur die Einseitigkeit von den Straßendemonstrationen bilden sollte. Eine andere Frage ist, ob sich die Partei derartige Behauptungen hien lassen muß, noch dazu in einer Situation, die auch vom letzten Gewissen Anspannung aller Kräfte und geschlossenen Vorgehen verlangt. Gegen derartige bewußte Schädigung der Parteiehrlichkeit gibt es wohl noch in dem Parteipatrol ein entsprechendes Mittel.

Es ist noch der „Voss. Ztg.“ richtig, daß der Abg. Heine zusammen mit dem Abg. Dr. Raumann und Dr. Wiemer in der großen Berliner Protestversammlung im Fiskus Saalmann sprechen wird. Die Versammlung, in der auch ein Vertreter des Handwerkerverbandes — vielleicht der Abgeordnete Richardt — und ein nationalliberaler Abgeordneter sprechen sollen, ist um acht Tage verschoben worden.

Deutsches Reich.

— Aus den Reichstagskommissionen. Die Justizkommission verhandelte gestern Artogr. 186 der Novelle zum Strafgesetzbuch, den Verleumdungsparagrafen. Die

die eheliche Gemeinschaft, die länger als fünfzig Jahre gedauert, fortzuführen, wies die alte Dame mit den Worten zurück: „Mein Mann war vierzig Jahre lang auf der See, so daß wir keine Gelegenheit hatten, uns näher kennen zu lernen. Seit er in Pension ist und nicht mehr aus dem Hause kommt, ist mein Leben zur wahren Hölle geworden.“ Aus den bitteren Klagen, die dieser Einleitung folgten, ging hervor, daß der Kapitän die schlechteste Gemütsart hatte, an den Produkten der Kochkunst seiner Gattin eine vernichtende Kritik zu üben und auf die Einwände der alten Dame mit Ohrfeigen und Fußtritten zu antworten. Jeweils wurde sie von dem mit der Küche unzufriedenen Gemahl auch an den Coxen durchs Zimmer geschleift, und einmal zerbiß der wütende Seebär mit den paar Zähnen, die ihm geblieben, gar einen Finger. Der Vorstehende beklagte die Noth des Gemahls, gab Frau Margarete aber den Rat, sich noch ein paar Jahre zu gedulden, und entließ unter allgemeiner Heiterkeit die Ehestandswalbin, denen es die Verhältnisse so spät erst vergönnt, sich kennen zu lernen.

— Die amerikanische Schuljugend im Kampf um die drahtlose Telegraphie. Die amerikanische Regierung befindet sich in einer schwierigen Lage, denn die Jugend Amerikas überschreitet sie mit leidenschaftlichen Vorwürfen und hat das Kriegsheil gegen die Herren von Washington ausgesprochen. Francis Keblet, ein selbstbewußter Jüngling von 16 Jahren, hat sich zum Vorkämpfer der erwachsenen Schuljugend gemacht, empfangt Interviewer und beschuldigt die Behörden, daß sie durch bürokratische Engstirnigkeit den in der amerikanischen Jugend gährenden Erfindungsgeist gewaltig behindert und unterdrückt wolle. Die drahtlose Telegraphie ist es, die diesen sonderbaren Konflikt herausbeschworen hat. Nebenall in Amerika haben Schuljungen und tüchtigste Freunde der Technik auf ihren Dächern, Schuppen und Ställen auf eigene Faust Stationen für drahtlose Telegraphie eingerichtet, und die erstarrte Jugend mißtrauend nicht selten diese privaten drahtlosen Versuchsanstalten, um durch allerlei jugendliche Wackelgelenke die ganze

Regierungsvorlage will das Privatleben vor beleidigenden Veröffentlichungen dadurch schützen, daß die Veröffentlichung ohne Rücksicht auf ihre Wahrheit bestraft wird, wenn sie nicht im öffentlichen Interesse erfolgt. Ein Regierungsvertreter begründete die Vorlage sehr eingehend. Es kamen zunächst nur Gegner zum Wort, die namentlich auf die Schwierigkeit hinwiesen den Begriff des öffentlichen Interesses zu bestimmen. — Die Kommission für den Gesetzesentwurf über die Statuierung des Reichs für die Beamten lebte einen nationalliberalen Antrag auf Ausdehnung des Gesetzes auf die Beamten der Einzelstaaten mit 9 gegen 8 Stimmen ab, nahm dagegen eine Resolution an, die den Reichskanzler ersucht, die Aufmerksamkeit derjenigen Einzelstaaten, in denen noch kein Haftungsgezet besteht, auf die Materie zu lenken.

— Ein „deutscher Bauernbund im Königreich Sachsen“ ist gegründet worden und hat in Dresden eine Geschäftsstelle ins Leben gerufen. Im Programm des neugegründeten Verbandes heißt es u. a.: „Die Aufgaben des Deutschen Bauernbundes im Königreich Sachsen“ bestehen in der energischen Vertretung der wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und finanziellen Interessen des kleineren und mittleren Grundbesizers, bei den zuständigen Stellen im Reich und im Lande. Der Bauernbund will festhalten an unserer bewährten Schulpolitik; er wird eintreten in Steuerfragen für eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lasten, somit auch für eine Vereinfachung der Vorrechte der exempten Güter und Rittergüter; er wird tatkräftig mitwirken in allen wichtigen landwirtschaftlichen Fragen, z. B. bei der Verbesserung der Arbeiter-Verhältnisse auf dem Lande, bei der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes, bei der Bekämpfung der Milzbrand-entzündung, sowie bei rigoroser Handhabung der Fleischbeschau- und der polizeilichen Milchkontrolle. Wenn auch der „Deutsche Bauernbund im Königreich Sachsen“ der Ueberzeugung ist, daß kein Staatswesen ohne den Unterbau einer zahlreichen und gesunden Landbevölkerung auf die Dauer bestehen kann, und aus diesem Grunde von den übrigen Berufsständen eine wohlwollende Behandlung aller seiner Forderungen erwartet, so will er doch dieselben niemals einseitig und rücksichtslos vertreten, sondern mit dem ebenfalls klüger um seine Existenz ringenden gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand Zählung nehmen, wie er auch Industrie und Handel nicht als seine Gegner, sondern als gleichberechtigte, notwendige Glieder unserer Volkswirtschaft ansieht.“

— Zur Schulaufsicht. Der Deutsche Lehrerverein tagt dieses Jahr in Straßburg. Ein Ziel, das er mit Entschiedenheit verfolgt, ist: Vereinfachung der Schulaufsicht durch pädagogische Räten, fort daran auch mit der Beaufsichtigung durch Geistliche! Daß diese Forderung immer wieder von gewisser Seite umgedeutet wird in die Behauptung, die Lehrerschaft stehe — wenigstens in ihrer überwiegenden Mehrheit — in offener Feindschaft gegen die Kirche, ist bekannt, bleibt aber dennoch eine Unwahrheit. Um so erquicklicher ist ein Beschluß, den die evangelischen Geistlichen in Elsch-Bohringen schon im Jahre 1901 gefaßt haben. Dene Einschränkung erkannten sie an, „daß das staatliche Aufsichtsrecht über die Volksschule mit der sich daraus ergebenden Sachaufsicht von den unteren bis zu den oberen Instanzen grundsätzlich aufrechtzuerhalten sei“; ebenso lehrten sie es ab, „als Mitglieder des Ortschulvorstandes mit der stillen Ueberwachung der Lehrer irgendwie betraut zu sein“. Und Professor Biegler in Straßburg sagt (in seiner allgemeinen Pädagogik) diesen Beschluß die treffenden Worte hinzu: „Das ist der Weg zum Frieden zwischen Schule und Kirche, der angesichts des vielen Trennenden in unserem Volksleben wirklich ein großer Gewinn wäre.“

— Der Gesamtantritt des Hanjabundes ist auf den 28. Februar und 1. März nach Berlin einberufen worden. Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

— Reichstagsabgeordneter von Salbern schwer erkrankt. Der Reichstagsabgeordnete Kammerherr von Salbern, der den Wahlkreis Königsberg-Neumark vertritt, ist lebensgefährlich erkrankt. Abgeordneter von Salbern wurde im Jahre 1907 mit 10 077 Stimmen gegen 4571 sozialdemokratische, 223 Freisinnige und 1468 Stimmen der Reformier gewählt.

— Das Märchen vom Kaiserbrief. Der frühere Gesandte von Hederen, Mitglied der ersten Kammer, der das Märchen vom Kaiserbrief wieder angeht hat, behauptet in einem Schreiben an die erste Kammer, der frühere Ministerpräsident Dr. Kuiper habe ihm persönlich während seiner Ministerialtätigkeit Mitteilung davon gemacht, daß der Brief geschrieben worden sei; Dr. Kuiper habe allerdings bereits früher ein sehr gemündetes Dementi ergeben lassen.

amerikanische Hilfe in Aufregung zu versetzen. Koffsignale und die Hülfsartee Schiffbrüchigen werden durch drahtlose Telegraphie aus-gebreitet und mehr als einmal sind Rettungsboote und Rettungsapparate in größter Hast ausgesandt worden, um dann später erkennen zu müssen, daß die Phantasie der Schuljungen sie zum Narcken gehalten hätte. Die Hülle sind so häufig geworden, daß die Regierung mit energischen Maßnahmen diesem Mißbrauch der wertvollen Entdeckung ein Ende machen will. In den großen Städten werden Apparate für drahtlose Telegraphie, die für kurze Entfernungen berechnet sind, zu billigen Preisen verkauft; für die Summe von wenigen Dollars bis hinauf zum Preise von 50 Dollars und mehr kann jedermann solche Apparate kaufen. Man nimmt an, daß nicht weniger als 50 000 solcher Stationen von unternehmenden amerikanischen Schuljungen heimlich eingerichtet worden sind. Die Nachricht, daß die Behörden einschreiten wollen, hat die lebhafteste Entrüstung der jungen Telegraphisten erweckt. In einem Interview erklärte der Vorsitzende der Jugend, Francis Keblet die Ansicht der Regierung für „unamerikanisch“, undurchführbar und für eine schwere Anbeleidigung des erfinderrischen Talents. Er gibt zu, daß hin und wieder falsche Nachrichten verbreitet werden, aber in ihrer Gesamtheit seien die jungen Amateure der drahtlosen Telegraphie höchst achtenswerte und harmlose Staatsbürger; wohlwollend gibt er der Regierung den Rat, „auf ihren Stationen moderne Apparate aufzustellen, die die Genauigkeit steigern und zugleich die Gefahr laienhafter Einmischung beseitigen würden.“ Der kleine Francis erklärt, daß Tausende von Schuljungen hinter ihm ständen, um, wenn nötig, ihre Rechte auch vor dem Kongreß zu verteidigen. „Es ist meine Pflicht, zu protestieren, denn der Schaden, der durch die Amateurelegraphisten hin und wieder verursacht wird, ist mehr als ausgeglichen durch die guten Resultate, die sie durch ihre mühsamen und schaffinnigen Arbeit und Verdienste erringen.“ Doch die Absicht der Jugend erwidert sich nicht auf die eigene Verteidigung; getreu dem Grundsatz, daß der Hieb die beste Abwehr ist, hat der junge Francis die Regierung angegriffen: er behauptet, daß die drahtlosen Telegraphieapparate der Union alle zerstört wären. General Allen, der Chef des Signalcorps, hat auf diese Anklage mit einer Beschuldigung geantwortet,

— Mängel im Submissionswesen. Auf Ansuchen weiterer Kreise des Mittelstandes und des Handwerks hat das Präsidium des Hanjabundes beschlossen, die Frage der Regelung des Submissionswesens in Arbeit zu nehmen und mit tatkraftiger Beschleunigung eine Denkschrift darüber vorzubereiten.

Die Fortschrittliche Volkspartei.

N. Heidelberg, 16. Febr.

Die vereinigten linksliberalen Parteien hielten heute abend im Gartenhale der Harmonie unter dem Vorsitz des Herrn Rechtsanwalts Dr. Kaufmann eine 24stündige Versammlung ab, in welcher die Fusion der drei Heidelberger Gruppen — dem auf den 6. März zu Berlin einberufenen Parteitag aller linksliberalen Deutschlands etwas vorauseilend — vollzogen wurde. Herr Rechtsanwalt Fröhlich starklärte referierte über das Thema „Die bevorstehende Vereinigung der drei linksliberalen Gruppen und das Fusionsprogramm.“

Er schilderte die durch den preuß. Wahlgesetzentwurf verursachte demoralisierende und gespannte politische Situation und erörterte sodann die einzelnen Positionen des neuen Fusionsprogramms, welches unter Verzicht auf alle Schlagworte sich als ein echtes Arbeitsprogramm darstelle und durch seine vorläufige Abfassung sowohl den links- wie den rechtsliberalen Parteien eine Annäherung ermögliche. An der Diskussion beteiligte sich als erster Redner Dr. Lejer, der sich in längerer Rede in scharfen Ausfällen gegen den reaktionären preuß. Ministerpräsidenten, im Nebenberuf zugleich Reichskanzler, und gegen die rückschrittlichen preussischen Junfer im Abgeordnetenhaus erging.

Dann sprachen die Herren Freisinger, Rechtsanwalt Dr. Strauß und Rechtsanwalt Dr. Herz, woch letzterer alle bisher noch keiner linksliberalen Partei angehörenden Stimmungsgenossen zum gütlichen Eintritt in die neue Partei aufzuforderte und die Bildung eines beratenden Ausschusses antrug. In diesen Ausschuss werden auf Vorschlag des Herrn Rechtsanwalts Dr. Kaufmann von jeder der drei bisherigen liberalen Gruppen je zwei Vertreter gewählt. Zum Schluß gelangten zwei vom Vorsitzenden verlesene Resolutionen zu einstimmiger Annahme. Die erste lautet:

„Die von den drei linksliberalen Parteien Heidelbergs beschlossene erste Versammlung der neuen fortschrittlichen Volkspartei begrüßt die bevorstehende erhaltige Fusion, spricht ihre freudige Zustimmung zu den im neuen Programmentwurf niedergelegten Grundsätzen aus und empfiehlt zugleich dessen Erweiterung durch die Aufnahme des Frauenstimmrechts.“

Die zweite Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Die Vereinigten linksliberalen Heidelbergs sehen in einer frühzeitigen Wahlreform in dem größten deutschen Einzelstaate die zur Zeit wichtigste Frage nicht allein der preussischen, sondern der ganzen deutschen inneren Politik. Im Wahlgesetzentwurf der preussischen Regierung erblicken sie eine ganz rücksichtslos auf Verwirklichung des Dreifachstimmrechts und der unzulässigen öffentlichen Abstammung abzielende Vorlage, die geeignet ist, die Macht des Junkertums auf Kosten des wehrfähigen Volkes nur noch zu vergrößern. Der deutsche Säben ist berechtigt und verpflichtet, gegen diese Karikatur einer Wahlreform lauten Protest zu erheben, weil die Verletzung der Vorlage durch den Reichskanzler und Ministerpräsidenten einen härteren Angriff auf den Bestand unseres Reichsgesamtwahlrechts, sowie auf das in den Säbenstücken geltende und sich trefflich bewährende gleiche Landtagswahlrecht darstellt. Die unqualifizierbare Neuerung des Abgeordneten von Obenung und der Weisfall, den sie bei den Kammerwahlen fand, hat klar gezeigt, wie alle unsere freiheitlichen Errungenschaften den Reaktionären ein Dorn im Auge sind. Ein Bloß aller ehrlichen Freunde des allgemeinen Gleiches und geheimer Wahlrechts für Preußen erheben wir, damit in gemeinsamer Aktion dafür gesorgt werde, daß Präsident und Fortschritt endlich auch in Preußen einzziehen.“

Zum Schluß brachte der Vorsitzende ein freudig aufgenommenes Hoch auf die neue Deutsch-fortschrittliche Volkspartei aus.

38. Hauptversammlung des deutschen Landwirtschaftsrats.

II.

sh. Berlin, 16. Februar.

Zur Verhandlung stand zunächst ein Bericht des Direktors des Gesundheitsamts der Pommerischen Landwirtschaftskammer Dr. Schmitt (Hülshorn) über die Ergebnisse der Schutzimpfungen gegen die Hämoglobinurie der Kinder.

Der Redner legte eine Resolution vor, in der verlangt wird, daß die Staatsregierungen die Bekämpfung der Hämoglobinurie fördern möchten durch Gewährung namhafter Beihilfen zur Erforschung der nur erst lästhaft bekannten Ursachenlehre dieser Seuche. Die Resolution des Referenten wurde darauf angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

in der er ausführt, daß die Apparate der Arme und der Marine mit allen Verbesserungen gleichen Schritt gehalten hätten; er wies die Beschuldigung der Schuljugend als unüberdacht und unangebracht zurück. Francis Keblet aber hat sich erhoben, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen und will Hunderte von Schuljungen nachhaft machen, die in ihrer Geschicklichkeit und Zuverlässigkeit in der Handhabung der Apparate die Regierungstelegraphisten bei weitem übertriffen würden. Ganz Amerika berstet mit Eifer diesen wunderlichen Konflikt zwischen den Schuljungen und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

— Nochmals das Drama von Alkestis. Der Bruder des verstorbenen Hauptmanns v. Goeben, Herr D. v. Goeben in Andrich (Steiermark), verendete an die Plätter folgende Zeilen, die sich gegen die von uns kurz erwähnte Feuilleton der ehemaligen Frau v. Schönebeck richteten: Die Ausführungen der Frau v. Schönebeck, welche Sie in Ihrer Zeitung wiedergeben, darf ich nicht un widersprochen lassen. Ich bitte Sie höflich, nachstehender kurzer Darstellung des Zusammenhanges Raum geben zu wollen, welche nicht nur den eigenen Auszügen meines Bruders, sondern, soweit meine Kenntnis reicht, auch der Auffassung aller derjenigen entspricht, welche seinerzeit mit der Untersuchung des traurigen Falles zu tun hatten. Die Tat meines Bruders ist nicht abzuwehren, aber trotzdem ist er nicht der Verbrecher, der er sein müßte, wenn das, was Frau v. Schönebeck jetzt der Öffentlichkeit mitteilt, wahr wäre; er handelte vielmehr in einem Zustande völliger geistiger Unfreiheit, in welchen sie ihn zu verlegen gewußt hatte. Ich besuchte ihn kurz nach dem Vorfall in seiner Zelle und fand ihn noch in einem traumartigen Zustande. Er konnte sich u. a. damals noch nicht auf verschiedene Einzelheiten besinnen, die ihm erst später wieder einfleßen. Bestimmt aber wußte er, daß die übergroße Liebe zu der Frau v. Schönebeck es gewesen war, welche ihn zu diesem Akt des

Gewinnung von Grundlagen für eine Betriebslehre des bäuerlichen Betriebes in Deutschland

liegen vor: a) ein Antrag des Referenten Prof. v. Strebel (Hohenheim): 1. Der Deutsche Landwirtschaftsrat möge sich dahin betätigen...

2. In diesem Zweck ist eine Verständigung mit den einzelnen landwirtschaftlichen Zentralstellen, Landwirtschaftskammern und vergleichbaren einzuleiten.

3. Da, wo eine gewisse Art der Buchführung schon eingeführt ist und eine Buchstelle bereits besteht, sollten Änderungen nicht getroffen werden.

4. Die Ergebnisse der einzelnen Buchführungen werden nach Kenntnisnahme durch die betreffenden Landwirtschaftskammern usw. an die Geschäftsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats zur wissenschaftlichen Verarbeitung eingesandt...

5. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält es für dringend notwendig, daß auf der Grundlage der Ergebnisse einer möglichst großen Zahl von bäuerlichen Buchführungen reiches Material für den weiteren Ausbau einer Betriebslehre für den bäuerlichen Betrieb gewonnen werde.

b) Ein Antrag der Kommission: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat erkennt die Notwendigkeit an, eine entsprechende Anzahl von Buchführungen aus bäuerlichen Betrieben aus dem ganzen Deutschen Reich an einer Zentralstelle im Deutschen Landwirtschaftsrat zu vereinigen...“

In der Debatte teilte v. Batodi (Weibau) mit, daß die Preussische Kolonisations-Gesellschaft bereits einen Wanderlehrer angestellt habe, der einzig die Aufgabe habe, die kleinen Besitztümer über die Betriebswirtschaft zu lehren.

Zum letzten Punkte der heutigen Tagesordnung, dem Entwurf eines Stellenvermittlergesetzes...

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 17. Februar 1910.

Der Milchrieg.

Die Milchhändler und -Händlerinnen von Ludwigshafen und den Vororten hielten Dienstag nachmittags in Sachen der Milchpreiserhöhung wiederum eine allgemeine Versammlung...

Wahnsinn getrieben hatte. Sie habe ihn durch unausgesetzte, verzweifelte Klagen über die brutale Behandlung von Seiten ihres Mannes, unter wiederholter Vorzeigung von Verletzungen, die er ihr zugefügt haben sollte, völlig den Verstand geraubt...

Er wies darauf hin, daß der Ludwigshafener Milchpreis bereits der höchste in Deutschland sei, deshalb könne mit einem Preisausschlag nicht mehr gerechnet werden. Die Konsumenten, die gesamte Arbeiterchaft tragen keine Lust, auch nur einen Pfennig zu bewilligen.

* Der Jungliberale Verein hielt gestern Abend im „großen Saal“ eine Vorstandssitzung. Als Delegierte zu dem am kommenden Samstag und Sonntag stattfindenden Jungliberalen Parteitag in Weiskirchen wurden...

* Zwangsversteigerung von Großh. Nr. 111. Bei der Versteigerung des Hausgrundstücks von Brauereibesitzer P. Fischer in Sodenheim, U. 4, 13 belegen, im Maße von 4 a 15 qm, ein vierstöckiges Gebäude, in dem Wirtschaft betrieben wird...

* Wohlfahrtsliste. M. 1000: Nr. 184 174, 67 147 78 318, 163 653, 179 330, 42 507, 295 645, 100 080, 16 949, 181 771, 305 314, M. 500 auf die Nr. 104 185, 131 090, 57 764, 53 496, 326 387, 44 048, 82 816, 321 745, 221 548, 326 027, 197 808, 28 893, 115 463.

* Apollotheater. Das Schauspiel Sylvester Schäffers wird fortgesetzt. Alle diejenigen, die den genialen Künstler noch nicht gesehen haben, werden diese Nachricht mit großer Vergnügung aufnehmen, denn darüber berichtet in allen Kreisen wohl Einstimmigkeit, daß man Schäffers unbedingt gesehen haben muß, weil eine derartige Varietée-Nummer hier noch nicht gegeben wurde und wohl auch nicht mehr gegeben werden wird...

* Dem Redar. Vom Odemwald wird hiesiger Schneefall und Lawen gemeldet. Der Redar und die Götzingbäche sind rasch im Steigen begriffen, so daß erneut Hochwassergefahr vorhanden ist.

* Die Folgen der Tabaksteuer machen sich nach wie vor bemerkbar. Die Zigarettenfabrik Ferdinand Blum (Eig. Mannheim) schließt ihre Pforten am 4. Wochen. Betroffen werden 40 Arbeiter.

* Ein Defraudant. Von der Rheinischen Transport-Gesellschaft William Egan u. Co., Frankfurt a. M., wird uns geschrieben: In Ihrem Mitteilungsblatt vom 10. Februar ist unter der Spitzmarke: „Ein Defraudant“ eine Darstellung der Unterschleife des v. v. Blum, die vor der 2. Strafkammer in Mannheim am 9. d. M. zur Verhandlung standen, gegeben...

gang bedeutende Verbrecherintelligenz gewesen ist, die der Kontrolle — allerdings lediglich durch Fälschungen — eine Zeitlang widerstanden konnte. Selbst einer periodischen Revision, die inzwischen eingetreten war, konnte es nicht gelingen, das ohne weiteres aufzuklären, weil eben nicht nur die Quittungen und Wechsel durch Fälschung vermerkt waren, sondern auch die Empfangsanzeigen durch Fälschung der Unterschrift des Empfängers, ferner durch Decken und Wiedererschließen eingegangener Briefe, und weil Blum auch die korrespondierenden Bucheinträge gefälscht hatte, so daß die Monatsbilanz stimmen mußte. Erst bei der Kollationierung einer Monatsbilanz fiel eine Mafur auf und dadurch ein „Mangel“ im Uebertrag. Wir haben der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft die in der Verhandlung nicht zur Verfügung gekommenen und inzwischen nach Ablauf der Verfallszeit von uns nach und nach eingezogenen Wechsel noch nachträglich angeboten. Alles zeugt von einem außerordentlichen Raffinement und von einer großen Geschicklichkeit in der Fälschung von Unterschriften. Auch diese können wir als Zeichen einer Minderwertigkeit nicht betrachten. Eine augenblicklich selbsttätig wirkende Kontrolle gegen Fälschungen gibt es nicht. Solange ein fälscher Wechsel seiner Fälschrate anderns — hier eine Großbank und mehrere Kunden von uns — findet, kann man ihn nicht unmittelbar erwischen.

* Warnung vor einem Schwindler. Seit einiger Zeit treibt wieder der Schwindler sein Unwesen, der vor einigen Jahren verschiedene Einwohnere Ludwigshafens bereinigte. Er bietet zunächst Handläufer zum Kaufe an. Wenn der Betroffene keine Lust zum Kaufe zeigt, läßt er ihm die Handläufer dort, kommt aber bald wieder und bietet dann „goldene Uhren“ im Werte von 800 M. zu nur 50 M. an. „Jene, die nicht alle werden“, sind dann verführt durch das außerordentlich billige Angebot, kaufen die Uhr, um später zu sehen, daß die Uhren überhaupt nichts wert sind.

* Nicht identisch. Der vor einiger Zeit in Konstanz geratene und flüchtige Architekt und Spekulant Josef Kunst in Mannheim ist mit dem in Mainz wohnhaften Architekten Fritz Kunst nicht identisch. Auch stehen beide in keinerlei verwandtschaftlichem Verhältnis zueinander.

* Anarchistische Anklage. Offener anarchistischer Ursprung sind geborene Zettel mit verstellten Worten, welche Dienstag Nacht in großer Zahl an der Mairie und deren Umgebung von unbekannter Hand angeheftet wurden. Die Zettel sind an die Mairie der Soldaten gerichtet und fordern diese zur Nichtbeachtung der militärischen Disziplin auf. Die Zettel wurden im Laufe des Vormittags wieder entfernt. Sie bestanden aus weißem Papier und waren gummiert und perforiert. Die Art des Textes läßt die Vermutung aufkommen, daß ihre Herstellung im Auslande erfolgte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

* Todesursache. Der Schieferdeckermeister Josef Sturm, wohnhaft Augustenstraße 32, starb heute Vormittag von dem Dache des Neubaus der Obertheinischen Versicherungsgesellschaft an der Augusten-Anlage und erlitt einen Schädelbruch. Man brachte ihn mit dem Sanitätswagen in das Allgemeine Krankenhaus, wo er heute Nachmittag gegen 2 Uhr verstarb.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Marcell Salzer kommt! Der hier bestens bekannte Vortragswahrer aus Berlin wird am Montag den 28. Februar mit neuem Programm einen einzigen „Aufzügigen Abend“ im Kasino stattfinden lassen. Marcell Salzer gilt einstimmig als unser bester Vortragskünstler auf humoristischem Gebiet.

Im Verein für jüdische Geschichte und Literatur sprach am Montag Abend Herr Rabbiner Dr. Emil Cohn aus Biel über „Jüdische Erziehungsprobleme“. Der Redner betonte im Eingange, er wolle nicht etwa über Fragen des Religionsunterrichts und der Schule sprechen, sondern die Frage der Erziehung zum Menschen auf jüdische Verhältnisse anwenden. Als die stärksten Mittel, um den Menschen für die Gesellschaft zu erziehen, um ihm den Geist der Disziplin und der Unterordnung einzupflanzen, bezeichnet er den modernen Staat und die moderne Gesellschaft. Beide fehlen dem Juden vielfach, da die Gesellschaft ihm oft auswichen und der Staat ihm durch die unzulängliche Sozialfürsorge der beschuldigungsmäßigen Gleichberechtigung keine volle Vertiefung gewährte.

Rudolf Lindau hat nach nachträglich ein Geschenk zu seinem achtzigsten Geburtstag erhalten. Wie der Reichsanzeiger mitteilt, ist dem Wirklichen Geheimen Legationsrat Dr. Rudolf Lindau zu Belgien der Kronenorden erster Klasse verliehen worden.

Herrn Werners Krankentage. Ueber den Zustand Werners werden die widerprüchlichsten Nachrichten laut. Am 10. Tag ist tot: Im Laufe einer Unterredung erklärte Werners ältester Sohn, daß der Zustand seines Vaters noch nie während seines Paris-Aufenthaltes so gut gewesen sei, wie augenblicklich. Sein Appetit sei gut und er befinde sich in besserer Laune. Werners zweite Tochter sprach: „Mein Vater hat abermals den Tod von sich abgestößt, und wir hoffen, ihn beim Einsetzen des Frühlings nach dem Norden überführen zu können.“ Dagegen berichtet man der „Presse“ aus Christiania: Werners Sohn stirbt, der am 12. aus Paris hierher zurückgekehrt ist, teilt dem „Morgenblatt“ mit, daß sein Vater von den Ärzten aufgegeben und nur dessen phänomenalen Körperkraft die Katastrophe aufhalte. An den wenigen kuren Momenten, die der Dichter habe, scheint er sich darüber klar zu sein, daß sein Lebenswerk beendet ist, und das bereitet ihm offenbar schmerzliches Leid. Dagegen hat er fast gar keine körperlichen Schmerzen.

Professor Augustus Souestre, ein berühmter Organisationsmann der italienischen Oper, ist, wie aus Dresden gemeldet wird, dort, 71 Jahre alt, gestorben.

Von Tag zu Tag.

— Lebenbig verbrannt. Berlin, 16. Februar. Im Hause Münchenerstraße 23 zu Niddorh hat die Frau des Tischlers Degen einen grausigen Selbstmord begangen. Die 23-jährige Frau beging im Abwesenheit des Mannes in ihrer Wohnung die Betten mit Petroleum und Benzin, zündete sie an und warf sich dann ins Feuer. Als die Tat hemert wurde, war die Unglückliche schon eine Leiche; ihr Körper wies schwere Brandwunden auf und war stark verfault. Frau Degen war seit Monaten nervenkrank und dürfte den Selbstmord in einem Anfall von Nervenüberreizung verübt haben. Die beiden kleinen Kinder der Familie hatte der Vater vor einiger Zeit bei seinen Eltern untergebracht, da Frau Degen schon wiederholt infolge ihres krankhaften Zustandes Selbstmordgedanken äußerte.

Sportliche Rundschau.

Fußballklub Olympia-Darmstadt gegen Fußballklub Pfalz-Ludwigshafen. Das am vergangenen Sonntag auf dem Pfalz-Platz stattgehabte Retourweitspiel obiger Mannschaften brachte den Pfalzhäusern eine weitere Niederlage. Etwas verspätet beginnt das Spiel unter der Leitung des Herrn v. Münster-Ludwigshafen mit dem Anstoß der Gäste, die dem Heiligum der Einheimischen von vornherein stark zusetzen. Pfalz ist auch nicht müde und greift gleichfalls, geführt auf eine neue Säuerreihe, unermüdet an. Die Verteidigung Olympias schlägt jedoch alle Angriffe ab und bald kann ihr Sturm aus einem Geplänkel das einzige Tor des Tages für sich buchen. Pfalz bemüht sich vergebens den Vorsprung einzuholen. Auch nach halberzeit gelingt es ihr nicht, trotz zeitweiser Ueberlegenheit, einen Erfolg zu erzielen. Olympia führte ein gutes Kombinationspiel vor. Die Stärke der Mannschaft ist die Verteidigung. Bei Pfalz war der unermüdete Schuß wieder der beste Mann. Bei einem besseren Schußvermögen der Stürmer wäre sicherlich ein günstigeres Resultat für Pfalz herausgekommen. J. M.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

17. Febr. In der kurzen Straße feuerte der Arbeiter Gasse auf einen Schutzmann, der ihn festnehmen wollte, einen Revolvererschuß ab, der den Beamten in die Brust traf und ihn schwer verlegte.
17. Febr. Der Vorsitzende des Landwirtschaftsrates, Abt. Graf Schwerin-Boewitz teilte bei Eröffnung der Sitzung mit: Der Landwirtschaftsrat erhielt gestern in später Abendstunde eine Benachrichtigung, in welcher mitgeteilt wird, daß der Kaiser infolge einer leichten Erkältung genötigt sei, das Zimmer zu hüten. Seine Majestät bedauere aufrichtig, den heutigen Verhandlungen nicht beiwohnen zu können. Ob er morgen erscheinen könne, sei fraglich. Graf Schwerin-Boewitz bemerkte, er hoffe, daß es S. M. möglich sein wird, morgen zu erscheinen. Er werde daher die beiden Vorträge, die der Kaiser hören wollte, bis morgen zurückstellen.

Badischer Landtag.

2. Kammer. - 17. Sitzung. (Von unserem Karlsruher Bureau.)

Der Präsident eröffnet kurz nach 1/2 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch sind anwesend: Direktor des Oberstudienrats v. Sallwürd, Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm und mehrere Regierungskommissäre.
Auf der Tagesordnung steht: Fortsetzung der Beratung über das Budget-Groß-Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts für 1910-11. Ausgabebüchel 10, Einnahmebüchel 3 Paragrafen 2 bis 4. Unterrichts II. Volksschulen.
Berichterstatter Abg. Kolb.
Sekretär Abg. Pfeiffle gibt dem Hause die neuen Eingänge bekannt. 1. Petition des Vereins Frauenbildung-Braunschw. Abteilung Mannheim, des Vereins Rechtschreibschule für Frauen und Mädchen, des Gemeindevorstandes der Frau betreffend; 2. Petition des Vorstandes der Rechtskonsulenten-Vereinigung für das Großherzogtum Baden, die Zulassung der Rechtskonsulenten zu den mündlichen Verhandlungen bei den Amtsgerichten betr.; 3. Petition der Gemeinde Tiefenbachern um Wiedererrichtung eines Grundbuchamts dafelbst, übergeben von Abg. Willmet; 4. Beitritt einer weiteren Anzahl von Gemeinden zu der Petition um Erbauung einer Normalbahnen nach Rengen mit Anknüpfung an die Bodensee-Eisenbahn in Sipplingen; 5. Petition der Stadtgemeinde Neustadt i. E. M.; 6. Petition von 16 Gewerbevereinen des Segauer-Verbandes; 7. Beitritt der Stadtgemeinden Weiskirch-Weiskirch-Mengen und Sigmaringen zu der Petition um Erbauung einer Staatsbahn Radolfzell durch die Dörfer mit Anknüpfung an die Schweizer Bundesbahnen; 8. Petition des Odenwald- und Taunus-Eisenbahngesellschaft um Erbauung einer Eisenbahn von Strümpfelbrunn über Müden-Buchen-Altheim nach Rothenberg und Taubertischhofheim; 9. Petition und Denkschrift des Vorstandes des badischen Lehrervereins in Betreff der Neubearbeitung des Elementar-Unterrichtsbüchleins; 10. Petition des Malers Johann Vorkorn in Baden-Baden um Rechtsbeistand. Die Petitionen werden den entsprechenden Kommissionen zugewiesen. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.
Abg. Kolb nimmt das Wort, um die Angriffe, die in letzter Sitzung auf seine Partei erfolgt sind, zurückzuweisen. Zunächst möchte er die Regierung bitten, eine Härte, die in der hiesigen Einstellung der jüdischen Lehrer enthalten ist, zu beheben.
Der Abgeordnete Dieterle hat aber heftige Angriffe in Sachen des Kinder-Teilvertrages hier ausgesprochen. Solange es Gesetz ist, daß die Kinder einem religiösen Verein angehören dürfen, solange müsse auch dieses Gesetz zur Anwendung gebracht werden. Redner wandte sich dann gegen einzelne Ausführungen des Abg. Wilmann gegen die Haushaltungsschulen und gegen die Ausfüh-rungen, die der Abg. Rödel und Dieterle über die Prügelstrafen machten. Es soll auf Kinder nicht durch Prügel, sondern durch moralische Mittel eingewirkt werden. Im Turnen müssen auch die Kinder auf dem Lande ausgebildet werden. Besonders ist eine frühzeitige Ausbildung notwendig, wenn einmal die militärische Täuschung abgeführt werden solle. Der Abg. Rödel habe gesagt, bei dem neuen Lehrplan käme nicht viel heraus. Das liege aber nicht am Lehrplan, sondern am Lehrer. Es sind zu wenig Lehrer vorhanden. Das wird in der Volksschule gelehrt werde, kann niemand behaupten. Ein staatsbürgerlicher Unterricht ist notwendig. Die Kinder müssen doch lernen, was sie im späteren Leben brauchen. Chemische Experimente sollten trotz des Einspruchs des Abgeordneten Rödel in der Schule vorgenommen werden. Davon nehmen die Kinder das größte Interesse. Die Resultate der Volksschule sind immer noch sehr mangelhaft. In meiner Tätigkeit als Reaktor habe ich täglich Gelegenheit zu beobachten, daß viele nicht richtig orthographisch schreiben können. Ich kann hier einen Brief eines Soldaten an seine Geliebte, der im „Volkstreu“ abgedruckt wurde, auf den Tisch des Hauses niederlegen. Auch die Briefe des Zentrums, Pfäfers im „Eimpfänger“ hätten ein arger Schreibfehler (Heierheit). Hier in dieser Beziehung muß an den Kindern noch viel mehr gelehrt werden. Jetzt erfahren sie hauptsächlich nur die Buchstaben nach ein. In dem Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern sind vor allem die Beziehungen sehr schwach, die sich

jedem Fortschritt entgegensetzen. Redner wendet sich dann gegen einen Artikel des Reichstages Rat Wader im „Wobischen Beob.“. Der Reichstages Rat Wader gehe mit der Ehre seines politischen Gegners in einer Weise um, die unerträglich sei und die der Ehre Waders widerspreche. Redner weist den Vorwurf zurück, daß der Abg. Frank etwas Unwahres gesagt habe, wenn er gesagt hat, daß die Wahl im Reichstag der Schule gehalten habe. Über den Abg. Frank kennt, wisse, daß er dem Hause nicht die Unwahrscheinlichkeit sage. Der Abg. Dieterle habe kein Recht, dem Abg. Frank eine Unwahrscheinlichkeit zu unterstellen. Doch der Reichstages Rat Wader gesagt hat, daß der Kampf um die Schule gehe, hat im Landestagen gehalten. Darauf haben wir Bezug genommen.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Berlin, 17. Febr. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte heute die Wahl der Abg. Krafft (Wahlhaußen-Langensalz) und Mayer (Str.), (Partikler) für ungültig.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Berlin, 17. Febr. Die Budgetkommission des Reichstages lehnte heute die Ansprache über die Organisation des Werksbetriebes fort. Im Laufe der Sitzung hielt der Oberwerksdirektor von Wilhelmshaven einen langen informierenden Vortrag.

Auf freisinniger Seite erklärte man sich durch die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs über die Kieler Verhältnisse nicht befriedigt. Man habe keine Reformvorschlüge gehört und der Schuldige sei nicht gefunden. Im vorigen Jahre habe der Staatssekretär erklärt, unendlich würde die Sache erst sein, wenn man die Vergehen dulde und jetzt bestrafe man sie nicht.

Staatssekretär v. Tirpitz erwiderte, die Reformfragen haben mit der Bestrafung der Schuldigen nichts zu tun. Die Sache sei dem Staatsanwalt übergeben, mit dem weiteren Verfahren habe die Marine-Verwaltung nichts zu tun.

Von sozialdemokratischer Seite wurde heute wie auch gestern in Bezug auf die Veriten in Wilhelmshaven und Danzig Angaben gemacht, wonach ähnliche Vorfälle wie in Kiel auch dort passiert seien. Die Angelegenheit des Arbeitervereins habe man abgewiesen. Auf Grund dieses von dem sozialdemokratischen Redner unterbreiteten Materials stellt die Marine-Verwaltung Ermittlungen an. Die Sozialdemokraten bleiben auf ihrer Forderung nach Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission mit eiblicher Vernehmungen nach englischem Muster, wenn es auch für Deutschland ein parlamentarisches Novum sei.

Ein Zentrumredner sagt, daß alle Anregungen bei der Verwaltung Widerstand finden und man nur schöne Reden zu hören bekomme. Die gründliche Prüfung der sozialdemokratischen Angaben wurden im weiteren Verlauf der Aussprache als dringend erforderlich erklärt.

Ein polnischer Redner behauptete, daß die Verffverwaltung den Arbeitern das Jell über die Obren ziehe und verlange, daß man 10 Millionen abstriche.

Eine lange Aussprache fand dann noch über die Art der Erledigung der Kieler Angelegenheit statt. Man verlangte mindestens eine disziplinarische Bestrafung des verantwortlichen Beamten. Der Justizrat des Reichsmarineamts besog sich auf das Beamtengesetz. Danach konnte man gegen den Beamten nicht vorgehen, weil er weder gewissenlos gewesen sei, noch sich unvorsichtig gezeigt habe. Sein Fehler liege in der falschen Beurteilung seiner Untergebenen. Auch diese Erklärung wurde von verschiedenen Seiten der Kommission für ungenügend erklärt.

Der Justizrat des Reichsmarineamts erwiderte, die Staatsanwaltschaft habe doch die Verantwortung gehabt. Sie habe sich nicht das erforderliche Material geben lassen, sondern das vorhandene folsche für ausreichend erachtet.

Darauf wurde aus der Kommission erwidert, die Marine-Verwaltung hätte der Staatsanwaltschaft das Material so klar geben müssen, daß es ausreichte.

Nach Beendigung der Aussprache wurden von dem angeforderten Verffpersonal eine Reihe von Beamten, 3 Konstruktions-Sekretäre, 9 technische Sekretäre und ein Werkmeister gestrichen. Der angeforderte Gewerbeetat wurde bewilligt.

Für die Resolution der Sozialdemokraten auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission stimmte außer den Antragstellern nur die Polen. Auch die freisinnige Resolution wurde abgelehnt mit 14 gegen 12 Stimmen und zwar gegen die Freisinnigen, Zentrum und Sozialdemokraten.

Aus der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 17. Februar. Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses setzte heute vormittag die Beratung der Vorlage bei § 6, der von der Einteilung in Wahlbezirke handelt, fort. Die Nationalliberalen beantragten hierzu, die Dreiteilung der Wahlkreise nicht in den einzelnen Stimmbezirken, sondern in den Wahlbezirken vorzunehmen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wolle sie allen Gemeinden mit mehr als 3500 Einwohnern die Einteilung der Wähler einseitig für die ganze Gemeinde vorschreiben. Der Antrag wird von den Nationallib. damit begründet, daß das bisherige System der Dreiteilung in den Wahlbezirken die allergrößten Ungleichheiten herbeigeführt habe. Diese Dreiteilung sei eine platonische, die sich gegen den Mittelstand richte. Diese Auffassung wird von freikonserverativen Seite unterst. während das Zentrum sich dagegen erklärt. Ein konservativer Redner betont, daß seine Partei eine entsprechende Stellungnahme durch die heutige Abstimmung nicht herbeiführen wolle. Verläufig aber sei sie davon überzeugt, daß die bisherige Bezirksdreiteilung dem Mittelstand einen großen Einfluß einräumte. Ein Vertreter der Freisinnigen erklärte, daß die Freisinnigen hinsichtlich der Wirkung der Bezirksdreiteilung den Nationalliberalen nur durchaus zustimmen können. Diese Dreiteilung habe ebenso widersinnige Wirkungen, wie soziale Bestimmungen des Dreiklassenwahlrechts. Deshalb verwerfen die Freisinnigen dieses Wahlrecht grundsätzlich. Etwas anderes sei es aber, ob man in diesem Zusammenhang an eine Aufhebung der Bestimmungen herangehen könne. Tatsache sei, daß eine Beseitigung der Bezirksdreiteilung die Beseitigung sämtlicher Sozialdemokraten aus dem Hause zur Folge haben würde. Die Freisinnigen wollten aber ein Wahlrecht, welches sämtlichen politischen Strömungen einen entsprechenden Zutritt zum Parlament gestatte. Die sozialdemokratischen Redner bestätigten, daß die Sozialdemokratie überhaupt nur heute die Möglichkeit habe, Vertreter in das Parlament zu wählen, wenn die Bezirksdreiteilung bestehen bleibt. Ein Regierungsvertreter erklärte, wenn die Regierung auch den Antrag bekämpfe, so erkläre sie doch, daß sie eine definitive Ein-

teilung erst fällen würde, nachdem das Abgeordnetenhaus über diese Vorlage entschieden hat.

Nachdem die Nationalliberalen den 1. Teil ihres Antrages zurückgezogen haben, wird der zweite Teil gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt.

In Absatz 2 des § 6, der die sogenannte Maximierung enthält und in dem bestimmt wird, daß, wenn der gesamte Steuerbetrag eines Wählers die Summe von 5000 Mark übersteigt, der Ueberschuß nicht angedreht wird, liegt ein freikonserverativer Antrag vor, der dem Absatz folgende Fassung geben will: Ueberschreigt die Einkommenssteuer eines Wählers die Summe von 2000 Mark, so wird der Ueberschuß nicht dem darauf entfallenden Kommunalzuschlag nicht eingerechnet.

Die Kommission beschloß gleichzeitig, die Beratung des § 7 vorzunehmen, der von der Einteilung der Wähler in die einzelnen Abteilungen handelt.

Hierzu beantragten die Nationalliberalen, daß die erste Abteilung mindestens 1 Zehntel, die zweite mindestens 2 Zehntel der Wähler enthalten muß. Wo diese Zahlen noch dem maßgebenden Steuerbetrag nicht erreicht sind, werden zur Ergänzung die Wähler aus der nachfolgenden Abteilung nach der Reihenfolge der zur Anrechnung gelangenden steuerlichen Leistungen berufen. Die Freisinnigen beantragen hierzu die Abänderung, daß der ersten Abteilung mindestens 2 Zehntel, der zweiten mindestens drei Zehntel der Wähler zugewiesen werden soll.

In der Debatte sprachen sich die Konservativen, Freikonserverativen und das Zentrum gegen den Antrag der Freisinnigen aus. Alle Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen selbst, bekämpften den Antrag der Freisinnigen. Es wird hervorgehoben, daß die Regierungsvorlage weniger platonisch denke, als der vorliegende Antrag. Die Regierungsvorlage soll unter allen Umständen 5000 Mark als oberste Grenze der einkommensfähigen Steuer haben. Wenn Antrag der Freikonserverativen könne allein schon in deutschen Gemeinden, in denen hohe Grundsteuerzuschläge erhoben werden, der Betrag der Einkommensfähigkeit kaum weit über 5000 Mark hinausgehen. Von liberaler Seite wird hervorgehoben, daß dieser Antrag auch eine Begünstigung des ländlichen Großgrundbesitzes zur Folge haben würde. Gegen die Anträge der Nationalliberalen und Freisinnigen wird von einem konservativen Redner eingewendet, daß die Regierungsvorlage schon das Wahlrecht der oberen Klassen vom Standpunkte der steuerlichen Leistung durch die Maximierung herabdrücke. Der sozialdemokratische Redner erklärt sich in erster Linie für den freisinnigen Antrag, in zweiter Linie für den nationalliberalen Antrag. Ein Regierungsvertreter bekämpft die beiden Anträge.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird der freisinnige Antrag gegen die 5 Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen, der nationalliberale Antrag gegen die 9 Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen, der freikonserverative Antrag gegen die 4 Stimmen dieser Partei abgelehnt. Die Bestimmungen der Vorlage, wonach der einkommensfähige Gesamtsteuerbetrag jedes Wählers auf 5000 Mark nach oben begrenzt wird, wird mit allen gegen die 4 nationalliberalen Stimmen angenommen.

Deutscher Reichstag.

Der kleine Toleranzantrag.

Berlin, 17. Febr.

Das Zentrum begnügt sich dieses Jahr mit dem kleinen „Toleranzantrag“, der heute im Reichstag zur Beratung steht. Dieser Antrag erwidert den Reichstagsrat, durch Verhandlungen mit den Bundesstaaten dahinzuwirken, daß Beschränkungen der religiösen Freiheit, soweit solche bestehen, auf dem Wege der Gesetzgebung beseitigt werden.

Die Sozialdemokraten stellen die Toleranz des Zentrums gleich auf die Probe, indem sie einen Zusatzantrag einbringen, der staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch der Atheisten und Dissidenten fordert. Es sollen dem Toleranzantrag des Zentrums folgende Sätze hinzugefügt werden: a) daß auch aus der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft keine Beeinträchtigung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten abgeleitet werden darf; b) daß kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf; c) daß zur Verwirklichung des Austritts aus der Religionsgemeinschaft eine schriftliche oder mündliche Erklärung zu genügen hat, die vor dem Amtsgericht des Wohnortes abgegeben und von diesem der Religionsgemeinschaft mitzuteilen ist. Das Austrittsverfahren hat kostenfrei zu sein.

Das Zentrum schiebt zur Begründung seines Antrages einen richtigen Fürst vor, den Fürsten zu Löwenstein, dessen Vater vor Jahresfrist in ein Kloster gegangen ist. Er findet, daß „eigentlich“ alle Parteien auf dem Boden des Antrages stünden, beklagt aber, daß der Bundesrat sich niemals mit dem Antrag beschäftigt habe und daß die Katholiken noch immer Erniedrigungen ausgelehrt seien. Das sei nichts als eine Fortsetzung des Kulturkampfes. Dann bricht der junge Fürst das Wort gelassen aus: Ihr sind nicht von Undankbarkeit gegen Andersgläubige erfüllt, wir wünschen ein friedliches Zusammenleben der Konfessionen. Er meint, daß Millionen armer Deutscher unter den religiösen Beschränkungen leiden und da sei es nötig, daß endlich einmal mit dem Verdrüßenslauf in Deutschland aufgeräumt werde.

Ähnliche Christenverfolgungen berichtet der Redner aus Mecklenburg und Braunschweig. Zum Schluß richtet er an die Ränder des positiven Glaubens die Bitte, für den Toleranzantrag zu stimmen.

Die Beschwörungen über die Braunschweigische Katholikenverfolgungen führt der Braunschweigische Legationsrat Woden auf das rechte Maß zurück.

Berlin, 17. Febr. Die Justizkommission des Reichstages fährt heute die Beratung der Beleidigungsparagrafen und damit die erste Sitzung der Robelle zum Strafgesetzbuch zu Ende. Es lagen von den Konservativen und dem Zentrum Anträge nach der Richtung vor, die Verbreitung nachteiliger Tatsachen über fremdes Privatleben nicht als Beleidigung, sondern als Verletzung des Geheimnisbegriffs zu betrachten. Die Grundlagen des Entwurfs wurden von freisinniger und sozialdemokratischer Seite bekämpft. Schließlich wurde der Beleidigungsparagraf mit nur unwesentlichen Änderungen der Regierungsvorlage angenommen.

Volkswirtschaft.

Bälgische Mühlenwerke, Mannheim.

Auf Antrag der Rheinischen Creditbank sind R. 2 Mill. Aktien und R. 2 Mill. 4/5proz. Hypothekendarlehen...

Judenzfabrik Frankenthal.

Für die R. 7 200 000 Aktien dieses Unternehmens, die im Gemeldet an der Frankfurter Börse zur Einführung gelangen...

Die Bilanz weist das Bild einer außerordentlichen Liquidität auf, denn der R. 8 000 000 Verpflichtungen stehen an Bankguthaben...

Wichtiges für Brennereibesitzer.

Nachstehenden Wünschen entsprechend hat der preussische Finanzminister...

n. Mannheimer Produktenbörse. Die von den amerikanischen Börsen gemeldeten festen Tendenzberichte...

Dem Ausland werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, eff Rotterdam: Weizen Laplata-Valle-Blanca oder Barletta...

Roggen russischer 9 Pad 10-15 schwimmend R. 132 bis R. 132.50, do. 9 Pad 15-20 schwer R. 133-133.50...

Malz Laplata gold rye terms schwimmend R. 127 bis R. 128, do. per April-Mai R. 120.50, do. per Mai-Juni 120...

Magyarische Terrain-Alt.-Ges. in Wien. In der gestrigen ersten ordentlichen Generalversammlung der Österreichischen Terrain-Alt.-Ges. in Wien...

Abendliche Portland-Zementwerke in Prag bei Mäh. Der Absatz für 1900 ergibt etwa 40 325 M. (i. S. 2 200 M.)...

Gesellschaft Kaiserlautern, Kaiserlautern. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1900 für Gas R. 484 999 (i. S. R. 482 565), für Kohle R. 158 812 (i. S. 159 040)...

Leipziger Baumwollspinnerei, Leipzig. Die gestrige Hauptversammlung der Leipziger Baumwollspinnerei genehmigte die Verteilung von 16 Prozent Dividende...

Die Vereinigten Zement-Fabriken Galm, A.-G., beabsichtigen eine Erhöhung des Grundkapitals. Die Aktien der Vereinigten Portland-Zement-Fabriken, Hamburg...

Das Warenhaus Gebrüder Potthoff, Berlin, ist laut „Konf.“ in Konkurrenz geraten. Die Verbindlichkeiten werden auf 300 000 Mark geschätzt...

Die Ertragsabrechnung für die elektrische Industrie A.-G. in Berlin, eine Gründung der Herren u. Gullebaume Labacher-Wecke...

Charlottenburger Stadlanleihe. Auf die Ausübung der zweiten Hälfte der 4proz. Charlottenburger Stadlanleihe von 1908 im Betrage von 20 000 000 M. sind dem „V. Z.“ zufolge drei Angebote eingegangen...

Die Bank für ostentische Eisenbahnen beabsichtigt einer künftigen Reduktion des „Berl. Rotations“ zufolge eine Erhöhung ihres Aktienkapitals um 10 Mill. Franken auf 50 Mill. Franken mit 50 Prozent Einzahlung...

Norddeutscher Lloyd. Die von der gestrigen Berliner Börse ankommenden Gerüchte, wonach der Betriebseinnahme des Norddeutschen Lloyd R. 27 Millionen (i. S. R. 9 Millionen) betragen sollte...

Telegraphische Handelsberichte.

Deutscher Reichsbank-Ausweis vom 15. Februar 1910. (MILL. M.)

Table with columns: Aktiva, Passiva, and various financial items like Metall-Vorrat, Darunter Gold, Reichs-Renten-Scheine, etc.

Die deutsche Reichsbank verfügt über eine steuerfreie Notenreserve von R. 222 7 209 gegen eine solche von R. 90 5 7 000 am 7. Februar und gegen eine steuerfreie Notenreserve von R. 290 092 000 am 15. Februar 1909.

Von der Frankfurter Börse. Frankfurt a. M., 17. Febr. Die Zulassung von 18 Mill. 4proz. Obligationen der Deutschen Hypothekendarlehen-Gesellschaft...

Frankfurter Hypothekendarlehen. Frankfurt a. M., 17. Febr. Bezug auf die im Vorjahre beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals um 2 Millionen auf 22 Millionen Mark...

Berlin, 17. Febr. Die Dividenden und Restingwerke, R. 4. 4/5proz. eine Dividende von 8 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre vor...

Wien, 17. Febr. In der neuen bulgarischen Anleihe erfolgte laut „Frankf. Zn.“ Umsätze zu 92 Prozent.

Bank von England. London, 17. Febr. Wie verlautet, ist gegen Ende der Woche laut „Frankf. Zn.“ eine umfangreiche Goldentnahme Südamerikas zu erwarten.

Telegramme unserer Berliner Bureau's. Neues vom Dividendenmarkt. Berlin, 17. Febr. Die Verwaltung der Spar- und Leihbank schlägt wieder 9 Prozent Dividende vor...

Berlin, 17. Febr. Die Nationalbank für Deutschland schlägt 6 1/2 Prozent Dividende (i. S. 6 Prozent) vor.

Berlin, 17. Febr. Die Abrechnung der Berliner Dankegesellschaft findet heute nachmittags 5 Uhr statt. Es wird eine Dividende von 9 Prozent vorgeschlagen.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table with columns: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc. and prices per 100 kg.

Feinmehl Nr. 0 34.50 33.50 31.00 30.00 27.00

Feinmehl Nr. 1 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 2 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 3 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 4 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 5 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 6 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 7 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 8 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 9 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 10 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 11 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 12 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 13 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 14 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 15 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 16 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 17 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 18 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 19 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 20 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 21 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 22 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 23 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 24 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 25 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 26 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 27 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 28 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 29 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 30 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 31 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 32 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 33 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 34 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 35 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 36 26.25 1) 23.25

Feinmehl Nr. 37 26.25 1) 23.25

Einheitspapiere, A. Deutsche.

Table of exchange rates for various German cities and currencies, including Berlin, Hamburg, and London.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table of stock prices for industrial companies, including various banks and manufacturing firms.

Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table of mortgage and priority bond prices for various regions and institutions.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table of bank and insurance stock prices, including various financial institutions.

Berliner Effektenbörse.

Preisliste Telegramm des General-Anzeiger

Text report on the Berlin stock exchange, mentioning market conditions and specific price movements.

Berlin, 17. Febr. (Anfangs-Curse.)

Table of Berlin stock exchange opening prices for various securities and currencies.

W. Berlin, 17. Febr. (Telegr.)

Table of Berlin stock exchange prices via telegram.

Pariser Börse.

Table of Paris stock exchange prices for various securities.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock exchange prices for various securities and currencies.

Wiener Börse.

Table of Vienna stock exchange prices for various securities.

Berliner Produktenbörse.

Table of Berlin commodity prices for various goods like wheat and oil.

Budapester Produktenbörse.

Table of Budapest commodity prices for various goods.

Liverpooler Börse.

Table of Liverpool stock exchange prices for various commodities.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

Text report on international shipping news, including arrivals and departures from various ports.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Text advertisement for Marx & Goldschmidt, Mannheim, listing services and contact information.

Table of stock prices for various companies, including a list of buyers and sellers.

Geschäftliches.

Text advertisement for 'Kombella' skin cream, describing its benefits and availability.

Verantwortlich:

List of names and titles associated with the publication, including Dr. Frh. Goldenbaum.

Henneberg-Seide

Text advertisement for Henneberg silk, mentioning quality and origin.

Advertisement for Kopfschmerz (headache relief) using Citrovallin, featuring a logo and product details.

Bekanntmachung

Die Carl und Johann... Die Carl und Johann... Die Carl und Johann...

Bekanntmachung

Die Betriebs- und... Die Betriebs- und... Die Betriebs- und...

Bekanntmachung

Dr. 2000 VI. Die... Dr. 2000 VI. Die... Dr. 2000 VI. Die...

Bekanntmachung

Km. 33237... Km. 33237... Km. 33237...

Bergebung

von... von... von...

Bauarbeiten

Im Auftrag der... Im Auftrag der... Im Auftrag der...

Verloren

Verloren Dienstag... Verloren Dienstag... Verloren Dienstag...

Heirat

Geheiratet ein... Geheiratet ein... Geheiratet ein...

Einheirat

Geheiratet ein... Geheiratet ein... Geheiratet ein...

Versteigerungen

sowie Lagerungen... sowie Lagerungen... sowie Lagerungen...



Der grosse Konkurrenzkampf... Der grosse Konkurrenzkampf... Der grosse Konkurrenzkampf...

Schlaf-, Wohn- und Herrenzimmer... Schlaf-, Wohn- und Herrenzimmer... Schlaf-, Wohn- und Herrenzimmer...

zu beispiellos billigen Preisen... zu beispiellos billigen Preisen... zu beispiellos billigen Preisen...

U. A. offerieren wir Ihnen:

- Pitche-Pine-Küche complett Mk. 143
Buffet i. Nussbaum, modern, mit bunten Scheiben Mk. 132
Schlafzimmer i. Eichen oder hell Nussbaum, complett Mk. 345
Speizezimmer i. Eichen, dunkel, gewichst, (Buffet, Umbau, Credenz, Sofa, 4 Lederstühle und Auszugstisch Mk. 530
Clubfauteuils in schöner moderner Façon u. la. Ausfüh. Mk. 115

Alles frei ins Haus. Volle Garantie. 5763

Besichtigen Sie gefl. unsere Lager, die sich durch das ganze Quadrat U I erstrecken und überzeugen Sie sich von der riesenhaften Auswahl, den erstklassigen Qualitäten und enorm billigen Preisen.

Reis & Mendle

Teleph. 1036. Lager U I, 5 und U I, 23. Eingang nur U I, 5.

Bekanntmachung

Dr. 2000 VI. Die... Dr. 2000 VI. Die... Dr. 2000 VI. Die...

Sie bringen dies... Sie bringen dies... Sie bringen dies...

Bekanntmachung

Dr. 6700 I. Vorstehendes... Dr. 6700 I. Vorstehendes... Dr. 6700 I. Vorstehendes...

Solhversteigerung

Dr. 7000 I. Vorstehendes... Dr. 7000 I. Vorstehendes... Dr. 7000 I. Vorstehendes...

Steinbrüche

Die Evangelische... Die Evangelische... Die Evangelische...

Verloren

Verloren Dienstag... Verloren Dienstag... Verloren Dienstag...

Heirat

Geheiratet ein... Geheiratet ein... Geheiratet ein...

Einheirat

Geheiratet ein... Geheiratet ein... Geheiratet ein...

Versteigerungen

sowie Lagerungen... sowie Lagerungen... sowie Lagerungen...

Journal 'Lese-Mappen' advertisement with logo and text.

Abonnementspreis advertisement with table of rates.

Verkauf advertisement for clothing and shoes.

D. FRENZ advertisement for stationery and printing.

Schreibmaschinen advertisement for typewriters.

Geldverkehr advertisement for financial services.

Jung. Mann advertisement for a young man.

Drahtflechter advertisement for wire weaving.

Ankauf advertisement for buying items.

Verkauf advertisement for selling items.

Abbruch advertisement for demolition services.

Staubend billig advertisement for cheap dust.

Gelegenheitskauf advertisement for special purchases.

Schlafzimmer advertisement for bedrooms.

Stellen finden advertisement for job openings.

Spedition advertisement for shipping services.

Tüchtige Einlegerin advertisement for a seamstress.

Lehrmädchen advertisement for a governess.

Mietgesuche advertisement for rental services.

Zu vermieten advertisement for properties for rent.

Tamengasse 5 advertisement for a property.

Möbl. Zimmer advertisement for furnished rooms.

Stellen finden advertisement for job openings.

Spedition advertisement for shipping services.

Tüchtige Einlegerin advertisement for a seamstress.

Lehrmädchen advertisement for a governess.

M 7, 22 advertisement for a property.

M 2, 17 a advertisement for a property.

M 2, 17 a II advertisement for a property.

M 2, 17 a III advertisement for a property.

M 2, 17 a IV advertisement for a property.

M 2, 17 a V advertisement for a property.

M 2, 17 a VI advertisement for a property.

M 2, 17 a VII advertisement for a property.